

Einleitung

Translation by/Übersetzung von Thomas Dürmeier (Goliathwatch)

CSR vs. Regulierung: die Machtasymmetrie zwischen Konzernen und dem Gemeinwohl

Seit Jahrzehnten wehren sich die betroffenen Gruppen auf der ganzen Welt gegen die Arbeitsweise der Transnationalen Konzerne, kurz TNK, auf ihrem Lebensraum und auf ihren Arbeitsplätzen. Sie dokumentieren systemische Menschenrechtsverletzungen und die negative Erfolgsbilanz der unternehmerischen Strafflosigkeit mit ihrem Leben und ihrem Tod. Diese Straffreiheit für Konzerne ist eingebettet in eine „Architektur der Straffreiheit“ und wird durch diese Architektur geschützt, welche den Betrieb der TNK legitimiert und legalisiert. Diese Architektur wurde geschaffen durch Freihandels- und Investitionsabkommen, die Welthandelsorganisationen (World Trade Organisation/WTO), die Strukturanpassungspolitik des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank und anderen Finanzinstrumenten sowie durch den aggressiven Druck zu Public-Private-Partnerships (PPPs). Das Kernstück dieser Architektur ist das berüchtigte „Investor-State Dispute Settlement“-System, kurz ISDS, ein privates Schlichtungssystem, das es den TNK ermöglicht, Staaten zu verklagen, wenn sie der Anschauung sind, dass neue staatliche Maßnahmen oder Politikentscheidungen zur Verbesserung der Sozialsysteme oder des Umweltschutzes ihre zukünftigen Gewinne gefährden. Diese Architektur neutralisiert hiermit die Funktion des Staates, dessen Hauptaufgabe es ist, das Gemeinwohl zu verteidigen und das Wohlergehen seiner Bürger und den Planeten vor den Interessen der Konzerne zu schützen. Diese Asymmetrie der Macht funktioniert folgendermaßen: Hartes Völkerrecht stützt Verträge und ISDS-Mechanismen, während Corporate Social Responsibility (CSR) und andere Mechanismen für TNK freiwilliges Soft Law befürworten.

Darüber hinaus hat die Entwicklung des Multi-Stakeholderismus einen Rahmen geschaffen, der es den TNKs ermöglicht, zentrale politische Aufgaben in demokratischen Institutionen zu übernehmen. Die Rolle der TNKs bei der Arbeit des UN-Systems wird immer umfassender, insbesondere seit der Gründung des Global Compact und der von Unternehmen finanzierten UN-Stiftung.

Verteidigung der Unternehmensinteressen durch die EU gegen den Vertrag der Vereinten Nationen über transnationale Konzerne und Menschenrechte

Im Jahr 2014 wurde eine neue Initiative gestartet, um der Strafflosigkeit der TNK ein Ende zu setzen und für die betroffenen Gesellschaften Gerechtigkeit und Wiedergutmachung zu bekommen. Bei den Vereinten Nationen laufen Verhandlungen über ein rechtsverbindliches internationales Instrument zu transnationalen Unternehmen und Menschenrechten, das die Gestalt eines internationalen Vertrags („UN Treaty“ oder „Binding Treaty“¹) annehmen soll. Wie zu erwarten war, hat sich von Anfang an der offene Widerstand des Unternehmenssektors fortgesetzt. Im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten (USA), die den Grundsatz eines verbindlichen Vertrags konsequent ablehnen, hat sich die EU nach anfänglicher Zurückhaltung dazu durchgerungen, sich am Verhandlungsprozess zu beteiligen, jedoch hat die EU mehrere Initiativen ergriffen, um den Prozess von innen heraus zu verzögern und zu behindern.

Die Debatte über den Vertrag innerhalb der Vereinten Nationen beinhaltet zwei widersprüchliche Vorstellungen. Ein Ansatz basiert auf freiwilligen Mechanismen, die von transnationalen Unternehmen entwickelt wurden - was sich mit dem Sammelbegriff „Corporate Social Responsibility“ zusammenfassen lässt - und darauf, dass der Privatsektor eine führende Rolle bei der Ausarbeitung der Normen und Regeln spielt, die für sie gelten sollen. Der zweite Ansatz, der sich auf unzählige Beispiele stützt (von denen einige kurz in diesem Bericht vorgestellt werden), argumentiert, dass freiwillige Initiativen, TNK nie davon abgehalten haben,

¹ Der Begriff „Binding Treaty“ oder „Treaty“ wird in diesem Bericht verwendet, um auf das verbindliche Abkommen zu Transnationalen Unternehmen, welches in der zwischenstaatlichen und offenen Arbeitsgruppe (Open-Ended Intergovernmental Working Group, kurz OEIGWG) der Vereinten Nationen verhandelt wird.

Menschenrechtsverletzung zu begehen oder Umweltschutzbestimmungen zu missachten. Dieser Ansatz zeigt auch, wie TNK mit diesen freiwilligen Maßnahmen sogar mehr Macht und Einfluss gewinnen können. Nur verbindliche Vorschriften und Haftungsansprüche können das Verhalten des Unternehmens wirklich verändern. Aufgrund der Natur der TNK sind neue internationale Gesetze und internationale Haftungsmechanismen erforderlich.

Die EU, TNK und ihre Lobbygruppen haben zusammen mit anderen „nördlichen“ Staaten mit Nachdruck den ersten Ansatz unterstützt. Wie dieser Bericht zeigen wird, sind die Verhandlungsposition der EU zum vorgeschlagenen „Binding Treaty“ und die Argumente, mit denen sie die Argumentation für einen ehrgeizigen Vertrag schwächt, eng verbunden, wenn nicht gar identisch, mit denen der transnationalen Konzernen.

Ebenso wurden frühere Versuche, rechtsverbindliche Instrumente für TNK bei den Vereinten Nationen (United Nations, kurz UN) einzuführen, vereitelt. Dies zeigt z.B. das Bündnis von westlichen Regierungen und Großunternehmen, das im Jahr 2003 einen nicht verbindlichen Ansatz verteidigte. Dieser Allianz ist es gelungen, die freiwilligen „UN Guiding Principles on Business and Human Rights“ (UNGPs) im Jahr 2011 zu verabschieden, die sich als unzureichend erwiesen haben, um Unternehmensverbrechen zu stoppen und den Betroffenen Gerechtigkeit zu bringen.

Die Verantwortung der Europäischen Union

Dieser Bericht enthält eine Sammlung von Fallstudien², die veranschaulichen, wie die Straffreiheit von Unternehmen funktioniert und wie die derzeitigen Ansätze versagen, insbesondere die verschiedenen CSR-basierten Mechanismen, bei der Bekämpfung von Menschenrechtsverletzungen und bei der Bereitstellung wirksamer Abhilfemaßnahmen für betroffene Menschen und Gemeinschaften. Die Fallstudien zeigen auch, dass europäische TNK, aufgrund der Auswirkungen ihrer Tätigkeit auf Mensch und Umwelt, insbesondere (aber nicht ausschließlich) außerhalb Europas, nicht als „Vorbild“ angesehen werden können, auch wenn vielen europäischen Entscheidungsträger*innen oder europäische TNK dies von sich oft behaupten. Die Fallstudien zeigen ein Muster, bei dem europäische Unternehmen ihre schlimmsten Auswirkungen auf den Globalen Süden verschieben, was durch die Architektur der Straflosigkeit erleichtert wird.

Wenn europäische TNKs mit Kritik für ihre Auslandsaktivitäten konfrontiert werden, verlagern sie die Schuld schnell auf die Gastgeberregierungen. Sie argumentieren, dass sie lediglich von den nationalen Regierungen genehmigte Projekte durchführen und die von diesen Regierungen festgelegten Gesetze befolgen. Dies spiegelt sich in den Argumenten der internationalen Konzernlobbygruppen, als auch der EU wider, welche die Behauptung aufstellen, dass nur Staaten und Regierungen den völkerrechtlichen Verpflichtungen und Pflichten im Bereich der Menschenrechte unterliegen. Unsere Fallstudien zeigen jedoch, wie europäische oder nordamerikanische Unternehmen nationale Regierungen beeinflussen und zu einer Politik drängen, die ihren Geschäftsinteressen förderlich sind, vor allem durch Lobbying, Korruption oder durch Nutzung von Mechanismen zum Investitionsschutz.

Der Standpunkt der EU zum Verhandlungsprozess des „Binding Treaty“ ist kein Zufall. Die EU selbst hat eine lange Geschichte der „Politik der offenen Tür“ für Großkonzerne und deren Lobbyisten und bei der Übertragung einer immer größeren Rolle an den privaten Sektor beim Schreiben von Gesetzesverordnungen und Politikmaßnahmen. Sie hat Pionierarbeit geleistet bei Handels- und Investitionsabkommen, die eine Hierarchie einführen, in der die Interessen der Unternehmen über den Menschenrechten stehen. Man kann deshalb sagen, dass die europäische Handelspolitik Umweltzerstörung oder Menschenrechtsverletzungen erleichtert, die das „Binding Treaty“ zu bekämpfen versuchen würde. Dasselbe gilt für andere richtungsweisende Politikmaßnahmen der EU wie die Rohstoffinitiative, ihre Entwicklungspolitik, die sich zunehmend auf Privatisierung und Public-Private-Partnerships konzentriert, oder ihre Klimapolitik, die die europäischen TNK ermutigt, kontroverse Energieprojekte im globalen Süden mit zweifelhaften

² Die vollständige Sammlung der Fälle ist verfügbar unter <http://multinationales.org/Treaty-report-case-studies>.

„grünen“ Nachweisen zu entwickeln.